

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Kristian Ronneburg (LINKE)

vom 23. Januar 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. Januar 2024)

zum Thema:

Reform des VBB-Tarifsystems

und **Antwort** vom 13. Februar 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 14. Februar 2024)

Senatsverwaltung für
Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Herrn Abgeordneten Kristian Ronneburg (Die Linke)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/17963
vom 23.01.2024
über Reform des VBB-Tarifsystems

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft (zum Teil) Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl um eine sachgerechte Antwort bemüht und hat daher die Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) GmbH um Stellungnahme gebeten, die bei der nachfolgenden Beantwortung berücksichtigt ist.

Frage 1:

Die VMK hat sich am 22.01.2024 darauf geeinigt, dass auch 2024 das „Deutschlandticket“ für 49 Euro angeboten wird. Der VBB ging in einem Interview mit der Berliner Zeitung davon aus, dass der Ticketpreis auf 54 oder 59 Euro erhöht werden wird (Berliner Zeitung, 22.01.2024). Wie kam er zu dieser Auffassung?

Antwort zu 1:

Die Aussage des VBB im Interview mit der Berliner Zeitung beruht auf Schätzungen des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), die dieser im Oktober 2023 im Vorfeld der Beschlussfassung der Ministerpräsidentenkonferenz am 6. November 2023 zur Fortführung des Deutschlandtickets erstellt hatte.

Frage 2:

Was wird der Senat politisch dafür unternehmen, dass das Deutschlandticket auch über 2024 hinaus für 49 Euro angeboten werden kann?

Antwort zu 2:

Die Länder gehen mit dem Beschluss der Verkehrsministerkonferenz vom 22. Januar 2024 davon aus, dass die fehlenden Mittel 2024 einerseits durch die nicht verausgabten Mittel aus 2023 und andererseits durch Mehrverkäufe des Deutschlandtickets gedeckt werden können. Eine Preismaßnahme erscheint aktuell daher als nicht erforderlich.

Ob diese Annahmen eintreten werden, wird sich im Lauf des Jahres 2024 zeigen. Für 2025 wird ein Übertrag nicht verausgabter Vorjahresmittel nicht möglich sein, daher wird sich Berlin, zusammen mit den anderen Bundesländern für Gespräche mit dem Bund bezüglich einer aktualisierten Bewertung von tatsächlichen Zuschussbedarfen und verfügbaren Mitteln einsetzen. Die Länder sind bereit, Mehrbedarfe zu tragen, sofern sichergestellt bleibt, dass sich Bund und Länder die notwendige Finanzierung hälftig teilen.

Frage 3:

Welche Vereinbarungen der VMK gibt es, wann über die Zukunft des Deutschlandtickets ab 2025 entschieden werden soll?

Antwort zu 3:

Hierzu ist bislang keine Festlegung getroffen worden.

Frage 4:

Bis wann ist spätestens eine Entscheidung des Bundes und der Länder zur Zukunft des Deutschlandtickets ab 2025 erforderlich, damit die Tarifstruktur des VBB ab 2025 und der Vertrieb rechtzeitig entsprechend angepasst werden kann?

Antwort zu 4:

Hinsichtlich Entscheidungen von Koordinierungsrat und Ministerkonferenz zu den Preisen der Deutschlandticket-Tarifprodukte ist vorgesehen, mindestens einen Vorlauf von drei Monaten bis zum Anpassungszeitpunkt zu halten, um eine tarifliche und vertriebliche Umsetzung bundesweit überhaupt zu ermöglichen.

Frage 5:

Welche Auswirkungen hat die Entscheidung, den Preis für das Deutschlandticket stabil zu halten, auf die Pläne, die Tarifstruktur des VBB weiter zu reformieren?

Antwort zu 5:

Bei allen Überlegungen zu Veränderungen des VBB-Tarifs wurde bisher vom bestehenden Preis des Deutschlandtickets von 49 Euro/Monat ausgegangen. Insofern hat es keine Auswirkungen, dass sich der Preis vorerst nicht verändert.

Frage 6:

Welche konkreten Maßnahmen beinhaltet das im Interview mit der Berliner Zeitung angekündigte „Maßnahmenpaket 2“? Bitte um konkrete Auflistung der 95 Tarifprodukte, die abgeschafft werden sollen.

Antwort zu 6:

Gegenstand des Maßnahmenpaket II sollte der Wegfall wenig nachgefragter Tarifprodukte sein.

Dies beinhaltet

- Jahreskarten
- 8-/9-/10-Uhr-Karten (sogenannte „Talzeitkarten“)
- 7-Tage-Karten und das
- VBB-Abo 65plus.
-

Da es diese Tarifangebote für unterschiedliche Geltungsbereiche im gesamten Gebiet des VBB und unterschiedliche Personengruppen (z.B. ermäßigte Fahrausweise, Senioren) gibt, würden bei Umsetzung des Maßnahmenpaketes insgesamt 95 Tarifpositionen wegfallen.

Frage 7:

Wie positioniert sich der Senat zu dem „Maßnahmenpaket 2“ des VBB?

Antwort zu 7:

Dem Senat sind die Überlegungen des VBB zur Abschaffung einzelner Tarifpositionen im Rahmen des Maßnahmenpakets II bekannt. Eine Umsetzung ist im Rahmen einer VBB-Tarifstrukturreform grundsätzlich denkbar.

Dem Senat ist es wichtig, dass das Land Berlin die Vorgaben der Musterrichtlinie 2024 zum Deutschlandticket im Rahmen der Umsetzung berücksichtigt.

Frage 8:

In dem Artikel der Berliner Zeitung war die Rede davon, dass laut VBB das Seniorenticket VBB-Abo 65plus abgeschafft werden soll. Wie hat sich die Zahl der Abonnements seit 2018 entwickelt?

Antwort zu 8:

Gegenüber dem Vergleichsmonat November 2018 mit rund 116.000 rechnerischen Abonnenten des VBB-Abo 65plus betrug die Zahl im November 2023 noch rund 1.000 Abonnenten. Der Rückgang über fünf Jahre beträgt ca. 99 Prozent.

Frage 9:

Soll das Seniorenticket im Rahmen der nächsten Überarbeitung des VBB-Tarifsystems definitiv abgeschafft werden?

Antwort zu 9:

Der VBB hatte eine Abschaffung im Rahmen des Maßnahmenpaketes II vorgeschlagen, da die Nachfrage nach der Einführung des Deutschlandtickets nur noch sehr gering ist. Das Deutschlandticket ist aktuell gegenüber dem VBB-Abo 65plus günstiger und hat zudem einen größeren Geltungsbereich. Bei den Mitnahmeregelungen gibt es keinen Unterschied zwischen den beiden Tarifprodukten.

Frage 10:

Auch Jahreskarten sollen entfallen. Wie haben sich die Verkaufszahlen für Jahreskarten seit 2018 entwickelt?

Antwort zu 10:

Gegenüber dem Vergleichsmonat November 2018 mit rund 3.000 rechnerischen Jahreskartenkundinnen und -kunden betrug die Zahl im November 2023 noch rund 400 Kundinnen und Kunden. Der Rückgang über fünf Jahre beträgt ca. 87 Prozent.

Frage 11:

Auch 7-Tage-Karten sollen entfallen. Wie haben sich die Verkaufszahlen für 7-Tages-Karten seit 2018 entwickelt?

Antwort zu 11:

Die Zahl der verkauften 7-Tage-Karten im Regeltarif betrug im Vergleichsjahr 2018 rund 760.000 Stück. Im Jahr 2023 wurden noch 545.000 Stück verkauft. Der Rückgang über fünf Jahre beträgt ca. 28 Prozent.

Frage 12:

Auch Zeitkarten, die montags bis freitags erst ab 8, 9 oder 10 Uhr gelten, sollen entfallen. Wie haben sich die Verkaufszahlen seit 2018 entwickelt?

Antwort zu 12:

Die Zahl der verkauften, sogenannten Talzeitkarten als Monatskarten betrug im Vergleichsjahr 2018 rund 350.000 Stück. Im Jahr 2023 wurden noch rund 117.000 Stück verkauft. Der Rückgang über fünf Jahre beträgt ca. 67 Prozent.

Gegenüber dem Vergleichsmonat November 2018 mit rund 12.000 rechnerischen Talzeitkarten im Abonnement betrug die Zahl im November 2023 noch rund 4.700 Abonnenten. Der Rückgang über fünf Jahre beträgt ca. 61 Prozent.

Frage 13:

Wann beabsichtigt der Aufsichtsrat über das Maßnahmenpaket zu entscheiden?

Antwort zu 13:

Eine Entscheidung hierüber ist gegenwärtig nicht terminiert.

Frage 14:

Welche Aufsichtsratssitzungen des VBB sind in 2024 geplant?

Antwort zu 14:

Üblicherweise gibt es eine Sitzung je Quartal. Die Sitzungen im ersten Halbjahr 2024 werden vsl. am 14. März und 13. Juni stattfinden; im Übrigen sind sie noch nicht terminiert.

Berlin, den 13.02.2024

In Vertretung

Dr. Claudia Elif Stutz

Senatsverwaltung für

Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt